

Infobest

Wie läuft «Homeoffice ohne Grenzen»?

In der Oberrheinregion fahren etwa 100 000 Menschen über eine Staatsgrenze zur Arbeit. Viele von ihnen kämpfen mit bürokratischen Hürden. Beratungsstellen machen deshalb mehr als zuvor.

Rente, Kindergeld und Homeoffice: In der Dreiländerregion von Deutschland, Frankreich und der Schweiz kämpfen zahlreiche Grenzgänger ungeachtet von Fortschritten mit bürokratischen Hürden. Die Beratungsstellen des Infobest-Netzwerks auf beiden Seiten des Rheins verstärken deshalb ihre Beratung. Expertinnen und Experten helfen neuerdings auch beim Ausfüllen von Anträgen. Das sagte der Digitalreferent des Projekts Infobest 4.0, Michael Großer, anlässlich eines Treffens von rund 50 Partnern aus den drei Nachbarländern unlängst in Strasbourg.

Es gebe mehr Interesse an Regelungen zum Homeoffice, sagte Großer. «Es kommen mehr Bürger und Bürgerinnen zu uns.» Es gebe in dem Bereich ei-



An der deutsch-französischen Grenze in Breisach. Foto DPA/Philipp von Dittfurth

ne Verbesserung: Beschäftigte können bei grenzüberschreitenden Tätigkeiten in Telearbeit mehr als früher im Homeoffice arbeiten, ohne dass sich dadurch etwas an ihrer Sozialversicherungspflicht ändert.

«Wenn ein Arbeitnehmer in Frankreich wohnt und in Deutschland beschäftigt ist, kann er im Homeoffice arbeiten, wenn er knapp unter 50 Prozent bleibt.»

Grundlage der erleichterten

Bedingungen ist ein Übereinkommen, das Deutschland mit 17 Ländern unterzeichnete – darunter sind sämtliche Nachbarstaaten außer Dänemark. Vorher war es so, dass die Sozialversicherung des Wohnsitzlandes gegriffen hat, wenn der Beschäftigte dort mehr als 25 Prozent im Homeoffice arbeitete.

100 000 Grenzpendler

Das Infobest-Netzwerk hat vier Beratungsstellen am Oberrhein. Träger sind unter anderem das Land Baden-Württemberg, der französische Staat und grenznahe Schweizer Kantone. Viele Fragen von Menschen, die im benachbarten Ausland arbeiten, betreffen die Rente und die Sozialversicherung, wie Großer sagte. Die Beratung ist kostenlos. Probleme bereiten immer wieder Sprachbarrieren, schwierige grenzüberschreitende Antragsverfahren und fehlende Ansprechpartner bei den nationalen Behörden, wie Infobest berichtete.

Im Oberrheinraum fahren den Angaben zufolge rund

100 000 Menschen über eine Staatsgrenze zur Arbeit. Allein rund 36 200 von ihnen sind von Baden in die Schweiz unterwegs. Aus dem Elsass kommen rund 24 000 Pendler nach Deutschland – in umgekehrter Richtung überqueren aber nur etwa 1 000 Beschäftigte den Rhein, um im Elsass zu arbeiten. Bei den Zahlen sind Arbeitnehmer berücksichtigt, aber keine Selbstständigen, wie Großer betonte.

Der Experte wies auf Sozialversicherungsprobleme im Grenzgebiet hin. Schwierig sei mitunter die Lage von Scheidungskindern. Da es in Frankreich keine separate Krankenversicherungskarte für Kinder gebe, könne deren medizinische Versorgung Probleme bereiten, falls nur ein Elternteil eine französische Karte habe und das Paar getrennt lebe. «Das Wohl eines Kindes kann deutlich eingeschränkt werden», sagte Großer, denn Arztbesuche müssten notfalls erst einmal bezahlt werden. «Das Problem besteht seit Jahren, und es gibt bisher keine Lösung», lautete sein Fazit. (dpa)

Bürgerservice

Infobest 4.0: Eine konkrete Hilfe

Antworten auf die ganz konkreten Fragen und Anliegen von Grenzpendlern (Arbeitnehmern oder Bürgern), Vereinen, Unternehmen und öffentlichen Verwaltungen bei Verwaltungsformalitäten in einem der drei Länder des Oberrheingebiets (Deutschland, Frankreich, Schweiz) zu geben, ist die Hauptaufgabe der Infobest-Büros.

Diese entstanden in den 1990er Jahren und sind in vier Gemeinden entlang des Rheins angesiedelt: Infobest Pamina in Lauterbourg, Infobest Kehl-Strasbourg in Kehl, Infobest Vogelgrun-Breisach in Vogelgrun und Infobest Palmrain in Village-Neuf.

Während der Corona-Pandemie wurden die Infobest-Stellen «Opfer ihres Erfolgs», brachte es Frédéric Bierry, Präsident der Europäischen Gebietskörperschaft Elsass,

kurz vor der ersten Plenarversammlung des Projekts «Infobest 4.0-Service Zentrum Oberrhein» in Strasbourg auf den Punkt. Das Projekt ist die Reaktion auf den gestiegenen Bekanntheitsgrad der Infobest-Büros, die sich insbesondere mit den Fragen zum Homeoffice für Grenzpendler und mit immer mehr Online-Behördengängen befassen mussten.

Beratung bei Online-Formalitäten

Um die Infobest-Büros zu einer Art «grenzüberschreitendem öffentlichen Dienst» zu machen, wurden zwei neue Beraterinnen eingestellt: Seit dem 1. Februar kommen sie alle zwei Wochen in jedes einzelne Büro. Sie unterstützen die Ratsu-

chenden in Einzelterminen bei ihren Online-Anträgen im Drittland. Dabei geht es meist um Fragen zur Rente und zum Kindergeld.

«Es geht auch darum, bewährte Arbeitsmethoden gemeinsam zu nutzen und eine bessere Digitalisierung anzustreben», so Bärbel Schäfer, scheidende Regierungspräsidentin des Regierungspräsidiums Freiburg, die stark in das Projekt involviert ist. Mit einem Budget von 2,4 Millionen Euro für den Zeitraum von Oktober 2023 bis Oktober 2026 wird Infobest 4.0 zu 60 Prozent durch die europäischen Fördermittel Interreg Oberrhein, durch die Schweizerische Eidgenossenschaft und durch rund 50 Partner aus Frankreich, der Schweiz und Deutschland finanziert.

● A.V./Übers. P.W.

Au-delà du télétravail sans frontière

Les travailleurs frontaliers seraient environ aux nombre de 100 000. De plus en plus de travailleurs frontaliers dans la région trinationale du Rhin supérieur optent pour le télétravail. Pour y voir clair en matière de retraite et de sécurité sociale, ils ont la possibilité de s'adresser aux quatre bureaux de la structure baptisée Infobest, bureaux situés à Lauterbourg, Kehl, Vogelgrun et Village-Neuf.

Pour répondre à leurs questions, essentiellement concernant les démarches en ligne, le projet Infobest 4.0 a vu le jour le 1^{er} février. Deux conseillères ont été recrutées : elles se déplacent dans chacun des bureaux, toutes les deux semaines. Lors de rendez-vous individuels, elles aident à faire des démarches en ligne dans un pays tiers. Les thèmes portent le plus souvent sur la retraite et les

allocations familiales. Mais selon Michael Großer, référent numérique du projet, des sujets comme le bien-être des enfants de parents séparés vivant dans deux pays différents peuvent aussi être abordés.

Doté d'un budget de 2,4 millions d'euros pour la période d'octobre 2023 à octobre 2026, le projet Infobest 4.0 est financé à 60 % par les fonds européens Interreg Rhin supérieur, par la Confédération suisse et par une cinquantaine de partenaires français, suisses et allemands.

Les bureaux Infobest répondent non seulement aux frontaliers (travailleurs ou citoyens), mais aussi aux associations, aux entreprises et aux administrations dans leurs démarches relatives à l'un des trois pays du bassin du Rhin supérieur (Allemagne, France, Suisse).